Nr. 263 • Ausgabe B Nr. 130
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 263

Abend-Ausgabe

Dienstag, 7. Juni 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Deutsche Vorstellungen in London über Oberschlesien

Der Schritt des Botschafters Dr. Sthamer.

Die Gefahr eines Bürgerkrieges in Oberschlesien.

London, 7. Juni. (E. E.)

Der deutsche Botschafter Dr. Sthamer machte gestern dem englischen Außenministerium eine Mitteilung der deutschen Regierung, die auf die Note der interalliierten Kommission vom 4. Juni 1921 General Hoefer bezug nimmt. Die deutsche Mitteilung besagt, daß die Räumung der Alliierten weder von den Bewohnern Oberschlesiens noch von dem deutschen Volke überhaupt hingenommen werden könnte. Ihre Durchführung ließe die deutsche Bevölkerung ohne Verteidigung und würde sie den polnischen Aufständischen ausliefern, was eine schwere Verletzung des Friedensvertrages bedeuten würde. Die bisherige Haltung Polens möchte es klar, daß die Deutschen nicht ohne Verteidigung gegen weiter den polnischen Angriffen bleiben könnten. Die von den Alliierten angedrohten Maßnahmen müßten also einen Bürgerkrieg hervorrufen, dessen Folgen sehr ausgedehnter Art wären. **Der deutschen Regierung sei es unmöglich, die Verteidigungstruppen und die deutsche Bevölkerung den Angriffen der polnischen Banden auszusetzen.** Schließlich erklärt die Regierung, die Bevölkerung Oberschlesiens erwarte, daß die Ankunft der englischen Truppen von dem polnischen Terror befreien werde. Sollte sie sich in dieser Erwartung getäuscht sehen, so würde die Bevölkerung Akte der Verzweiflung begehen, die von den schwersten Folgen begleitet wären.

General Hoefers Bedingung.

„Nicht vorrücken, solange die Polen sich nicht rühren."

London, 7. Juni. (W. T. B.)

Die „Times" melden aus Oppeln, daß General Hoefer in einer Unterredung mit britischen Offizieren erklärte, er **verpflichte sich, nicht vorzurücken, solange die Polen sich nicht rührten.** Der „Times"-Berichterstatter sagt, das sei gewiß die Schwierigkeit, denn niemand — und am wenigsten der Stab der Aufständischen — könnten garantieren, daß sich die Aufständischen nicht rührten. Der Stab der polnischen Aufständischen bestehe zum größten Teil aus nichtoberschlesischen Polen. Sie hätten das Vertrauen ihrer Leute und der örtlichen Befehlshaber verloren, die alle Krieg auf eigene Rechnung machten.

Nach dem „Daily Telegraph" zufolge verlautet, daß die Generale Le Rond und de Marini sowie Sir Harold Stuart beschlossen haben, den **Ausschuß von drei Offizieren** zu ernennen, um die Frage der **neutralen Zone** zu prüfen.

London, 7. Juni. (E. E.)

„Daily Telegraph" berichtet aus Oberschlesien: General Hoefer wurde davon verständigt, daß ein weiteres Vorrücken seiner Truppen das Leben und Eigentum der Deutschen in Oberschlesien gefährden und auch die vollständige Zerstörung der Bergwerke durch die Insurgenten zur Folge haben könnte.

Der neue britische Kommissar in Oberschlesien kündigte an, daß eine tatsächliche **Besserung in der Haltung der Insurgenten** eingetreten sei. (?) Am Sonntag machten die Führer der Polen den interalliierten Kommission eine Reihe von **Vorschlägen,** in denen sie anbieten, ihre Truppen 6 bis 10 Kilometer östlich der jetzt besetzten Linie zurückzuziehen, damit die neutrale Zone errichtet werden könne, die von den alliierten Truppen besetzt werden solle. Die Polen verpflichten sich ferner, die systematische Zerstörung des Privateigentums und der öffentlichen Gebäude zu verhindern. An diese Angebote werden jedoch folgende Bedingungen geknüpft: 1. Sofortige Einstellung des deutschen Vorrückens; 2. Zurückziehung der deutschen Truppen; 3. Aufhebung der deutschen Posten; 4. Einsetzung einer neuen Polizei in der neutralen Zone, die unter der Kontrolle der Alliierten stehen müßte; 5. das Versprechen der Alliierten, die polnische Bevölkerung unter ihren Schutz zu nehmen.

Der Abgeordnete Wedgewood fragte gestern im Unterhause, ob die Zeitungsberichte wahr seien, denen zufolge die englischen Truppen in Oberschlesien dazu verwendet werden sollten, die Tätigkeit der deutschen Streitkräfte zu verhindern. Chamberlain antwortete: Alle alliierten Truppen in Oberschlesien unterstehen dem Befehl des Generals Grassier, welcher seine Instruktionen von der interalliierten Kommission erhält. Man muß also annehmen, daß die Aktionen der französischen, englischen und italienischen Truppenabteilungen von der interalliierten Kommission in Uebereinstimmung gebracht werden.

*

Wie in London, so hat die Reichsregierung auch in Paris und Rom durch ihre Vertreter mündliche Vorstellungen gegen das an General Höfer gerichtete Ultimatum erhoben.

England wartet auf Stuarts Bericht.

Neue französische Drohungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 7. Juni.

Gestern soll, nach einigen Meldungen, die offiziell nicht bestätigt sind, eine Antwort der englischen Regierung auf die letzte französische Note eingetroffen sein. Die englische Regierung teilt mit, daß sie erst dann auf den Vorschlag Briands, die Konferenz zu vertagen, erwidern könne, wenn der Bericht des neuen englischen Vertreters in Oppeln, Sir Harold Stuart, in London eingetroffen ist. Nach dem „Echo de Paris" hält im übrigen die englische Regierung die bereits wiederholt geäußerte Meinung über die Haltung der französischen Truppen beim Beginn des Aufstandes vollkommen aufrecht. Sie ist nach wie vor der Meinung, daß die Franzosen die Polen allzusehr begünstigt haben. Pertinax im „Echo de Paris" findet den Schriftwechsel zwischen den beiden Regierungen unnötig, weil inzwischen der Krieg zwischen Polen und den Deutschen in Oberschlesien aufs neue begonnen habe. Die Antwort des Generals Höfer wird für „insolent" erklärt. Es wird gesagt, daß das Schicksal Oberschlesiens sich nicht durch den Kampf der Deutschen und der Polen entscheiden werde, ohne daß die Anordnungen der interalliierten Kommission irgendeinen Einfluß auszuüben imstande wären. „Wenn die Truppen des Generals Höfer siegreich bleiben, kann nur noch das energische Vorgehen Frankreichs auf dem rechten Rheinufer den Gang der Ereignisse ändern." Diese Schlußfolgerung des „Echo" wird vorläufig noch von anderen Zeitungen nicht ausgesprochen; aber fast in der gesamten Presse ist die Tendenz erkennbar, die Lage in Oberschlesien so schlimm als möglich zu schildern, um einen Vorwand zur Fortdauer der Märzfaktionen zu erhalten. Dabei wird mit unverhüllter Parteinahme für Korfanty verfahren, der den Franzosen als eine Art Nationalheld vorgestellt werden soll.

Der „Matin" hat einen eigenen Berichterstatter ins polnische Hauptquartier entsandt, der Korfanty auf einer dreitägigen Besichtigungsfahrt begleitet hat und mit Bewunderung seine Erlebnisse erzählt. Eins dieser Erlebnisse ist besonders lehrreich: Korfanty zwingt den Direktor der Werkstätten in Zawadski durch Bedrohung mit Erschießen, die Arbeit wieder beginnen zu lassen, die der Direktor eingestellt hatte, weil er angeblich fürchtete, von den Deutschen verhaftet zu werden. Der Direktor fügte sich, nachdem die Alternative „Wiederbeginn der Arbeit oder zwölf Kugeln im Leib" ihm von dem polnischen Diktator schriftlich gegeben war. Dem Korfanty weiß „wie man mit den Deutschen sprechen muß". An einer anderen Stelle findet Korfanty Tafeln mit einer deutschen Inschrift am Eingang eines Dorfes. Er läßt den Gemeindevorstand holen und droht ihm 50 Stockhiebe an, wenn am nächsten Tage die deutschen Tafeln nicht verschwunden sind. Gegen alle diese Ausflüsse einer gewalttätigen und ungesetzlichen Bedrückung unter den Augen der interalliierten Kommission hat die französische Presse kein Wort des Protestes. Die Banden Korfantys sind Helden. Gegen ihre Taten wird der Widerstand der alliierten Truppen nicht aufgerufen. Nur die Deutschen, die sich gegen die polnischen Angriffe wehren, gelten den Franzosen als Feinde. Hoffentlich wird der neue englische Kommandeur Stuart Gelegenheit haben, sich von der wahren Situation in Oberschlesien zu überzeugen. Nach einer Londoner Meldung des „Matin" soll er sich allerdings gegen die Haltung des Generals Höfer ausgesprochen und dafür die Haltung der Polen gelobt haben, die sich bereit erklärt hätten, ihre Truppen zurückzuziehen, wenn der deutsche Angriff eingestellt würde.

Haag, 7. Juni.

In dem Communiqué, das die Erkrankung Lloyd Georges mitteilt, heißt es, daß Lloyd George „nach einer sehr ermüdenden Woche an einer Erkältung leide und ihm für einige Tage Bettruhe verordnet ist". Nach der Ablehnung der englischen Forderung auf Zusammentritt des Obersten Rates durch Frankreich und auch aus anderen Gründen haben in der vorigen Woche ununterbrochen Kabinettssitzungen in London stattgefunden. Eine Erkrankung, wie sie jetzt wieder vorzuliegen scheint, hat Lloyd George in den letzten Jahren öfter gehabt, sich aber immer schnell erholt.

Die Großberliner Frage.

Vor der Entscheidung.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Paul Michaelis.

Für die kommunale Demokratie Berlins gibt es augenblicklich keine wichtigere Aufgabe als die klare Beantwortung der Frage: Wie stellen wir uns zur Einheitsgemeinde? Nach einer Zeit der demokratischen Depression darf man heute wohl sagen, daß der Tiefpunkt überwunden ist. Bei den voraussichtlich im Herbst stattfindenden Berliner Neuwahlen wird man, ohne übertriebenem Optimismus zu verfallen, auf den Aufschwung des demokratischen Gedankens rechnen dürfen. Aber es kann sehr viel verdorben werden, wenn es nicht gelingen sollte, eine feste Stellung zur Einheitsgemeinde zu gewinnen.

Wie stellen sich die übrigen Parteien? Soweit die drei sozialistischen Richtungen in Betracht kommen, liegen die Verhältnisse ganz klar. Sie mögen sich in Einzelheiten sehr heftig bekämpfen, aber in der restlosen Durchführung des Einheitsgedankens sind sie sich einig, selbst auf Kosten der nicht rückgängig zu machenden historischen Entwicklung. Bei den Parteien der rechten Seite wieder ist ein prinzipieller Widerspruch gegen die Vereinheitlichung nicht zu verkennen. Die Verhandlungen im preußischen Landtag haben darüber völlige Klarheit geschaffen. Man kann auf dieser Seite von einem Sturm gegen die Einheitsgemeinde sprechen. Auch die Deutschnationalen und die Anhänger der Deutschen Volkspartei mögen in der Beurteilung des Maßes, in dem die Einheitsgemeinde wieder aufgelöst werden könnte, auseinandergehen, aber in der Sache stimmen sie soweit überein, daß sie den heutigen Zustand nach Kräften beseitigen wollen.

Die Deutschnationalen fordern eine Revision des Gesetzes vom 27. April 1920, durch die den in den Verwaltungsbezirken vereinigten Gemeinden eine wirkliche Selbständigkeit durch Beschränkung der Zentralgewalt gegeben werden soll. Bei dieser Gelegenheit wollen sie auch die räumliche Ausdehnung der neuen Stadtgemeinde geprüft wissen. Sie fordern also einmal eine Wiederherstellung des früheren Zustandes, wenn auch vielleicht mit einigen Einschränkungen, und dann eine Verkleinerung des Berliner Weichbildes. Bei der letzteren Forderung ist es natürlich in erster Reihe auf die westlichen Gemeinden sowie vielleicht noch auf Köpenick, Spandau und andere Gemeinden an der Peripherie abgesehen.

Die Deutsche Volkspartei will nicht ganz so weit gehen. Sie will die Verwaltungsbezirke zwar bestehen lassen, aber in Körperschaften des öffentlichen Rechts umwandeln. Den Verwaltungsbezirken soll dann eine Reihe von Selbstverwaltungsangelegenheiten übertragen werden, und die dazu notwendigen Mittel sollen durch ihnen zu überlassende Steuern und durch Dotationen der Einheitsgemeinde aufgebracht werden. Mit anderen Worten: Die Deutschnationalen wollen die Einheitsgemeinde wieder in ihre einzelnen Teile auflösen, während die Deutsche Volkspartei das einigende Band zwar nicht völlig zerreißen, aber so locker machen will, daß die Verwaltungsbezirke in wichtigen Angelegenheiten von der zentralen Leitung unabhängig gemacht werden sollen.

Beide Anregungen führen zu unmöglichen Konsequenzen. Wenn es irgendeinen Vorzug der Einheitsgemeinde gibt, dann den, daß überall einheitliche und gleichmäßige Steuerordnungen gelten. Nach dem Vorschlag der Deutschen Volkspartei würde jede einzelne Gemeinde oder doch jeder Verwaltungsbezirk das Recht erhalten, noch für seinen Bezirk weitere Steuern auszuschreiben. Die Steuerzahler wären viel schlimmer daran als unter den heutigen Zuständen. Man darf auch nicht etwa darauf rechnen, daß es bei schüchternen Versuchen bleiben würde. Der Appetit kommt mit dem Essen, und wenn die Bezirke erst einmal über die Steuerhoheit in gewissem Umfange verfügen, dann werden sie die Gelegenheit benutzen, um den Einwohnern auch ihrerseits noch das Fell über die Ohren zu ziehen.

Dabei käme nichts anderes heraus, als daß durch einen derartigen Ausbau der Verwaltungsbezirke der Beamtenapparat noch erheblich ausgebaut würde. Während man sich heute sehr ernsthaft damit beschäftigen muß, wie das Beamtenheer vermindert werden kann, würden wir mit einer weiteren Aufblähung der Bureaukratie zu rechnen haben. Und nicht minder würde auf dem Gebiet der Werke und Anlagen die alle schädliche Zersplitterung neue Kraft gewinnen. Kurzum, man würde das Pferd, das endlich eingespannt wurde, wenn es auch noch nicht in erwünschter Weise zieht, wieder am Schwanz aufzäumen. Rückschritt auf allen Gebieten, das wäre die notwendige Wirkung dieser sogenannten Reformen.

Wem es um die Sanierung der Reichshauptstadt wirklich zu tun ist, wer nicht als offener oder verkappter Feind ihr gegenübersteht, der kann sich auf derartige Forderungen nicht einlassen. Er muß in allererster Reihe darauf sehen, daß die Einheitsgemeinde lebensfähig erhalten wird. Von demokratischem Standpunkt kann man gar nichts anderes, als dafür einzutreten, daß die Einheitsgemeinde unangetastet bleibt. Aber deshalb braucht man nicht jeden Buchstaben des recht mangelhaft zurechtgezimmerten Gesetzes zu konservieren. Zweifellos ist das Gesetz sehr schablonenhaft gearbeitet. Die Zerschlagung des alten Berlins in sechs Bezirke hat sich in der Praxis als überflüssig und damit als schädlich erwiesen. Berlin ist gewiß gleichfalls aus verschiedenen Bestandteilen zusammengewachsen, aber heute wissen die Berliner davon nicht mehr; sie fühlen sich als Bewohner einer einheitlichen Gemeinde, und es hat keinen Zweck, sie schönen Theorien zuliebe wieder auseinanderreißen

Take Jonescu in Belgrad.

Eine serbisch-rumänische Militärkonvention.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

U Belgrad, 7. Juni.

Der rumänische Minister des Aeußern Take Jonescu ist Sonntag nachmittag hier eingetroffen und vom Ministerpräsidenten Paschitsch empfangen worden. Die Blätter begrüßen Jonescu als aufrichtigen Gönner der rumänisch-serbischen Freundschaft und heben die große politische Bedeutung hervor. Das Regierungsblatt „Samouprava" schreibt: „Jonescu trifft hier ein, um unsere Regierung über den zwischen Tschechien und Rumänien abgeschlossenen Vertrag bekannt zu machen. Wir begrüßen unseren Gast und hoffen, er werde nach Gesprächen mit maßgebenden Beamten die besten Eindrücke empfangen und sich noch mehr von der Nützlichkeit besserer und festerer Bündnisse mit Friedensinteresse am Balkan und in Mitteleuropa überzeugen." Der „Politika" zufolge steht die Ankunft Jonescus in Verbindung mit der Unterzeichnung einer Militärkonvention (vor allem natürlich gegen Ungarn. Die Red.), welche das Verteidigungsprogramm der Kleinen Entente bedeutend erweitern werde.

Gestern abend, 6 Uhr, empfing Ministerpräsident Paschitsch den rumänischen Minister des Aeußern in seinem Kabinett. Die Besprechungen über sämtliche, die beiden Staaten interessierende Fragen dauerten über eine Stunde und wurden heute vormittag im Ministerium des Aeußern fortgesetzt. Den Blättern zufolge verlautet, daß nach Beendigung der Besprechungen beabsichtigt sei, eine Militärkonvention zu unterzeichnen. Zu Ehren Jonescus veranstaltet die Regierung Festessen. Die Abreise des rumänischen Ministers erfolgt Mittwoch früh. Er begibt sich zu Schiff nach Bukarest zurück.